

Redebeitrag Seebrücke Ostermarsch 2022

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat zu einer der größten Fluchtbewegungen der neueren Geschichte in Europa geführt. Mittlerweile sind Millionen von Menschen auf der Flucht. Sowohl in der polnischen als auch in der deutschen Zivilgesellschaft gab es schnell eine große, spontane Hilfsbereitschaft und Solidarität mit den Fliehenden. Freiwillige organisieren Unterkünfte, Hilfsgüter werden gesammelt, Menschen öffnen ihre privaten Wohnungen. Für uns alle fühlt sich der Krieg unglaublich nah an und wir sind ständig mit Bildern und Informationen über Grausamkeiten konfrontiert.

Auch von staatlicher Seite wurden schnell Schritte unternommen, um Anreise und Ankunft zu erleichtern. Zum ersten Mal wurde die sogenannte Massenstrom-Richtlinie aktiviert und so eine visafreie Einreise ermöglicht. Züge können sowohl in Polen als auch in Deutschland kostenlos genutzt werden.

Wir begrüßen die Empathie und Hilfsbereitschaft in der Zivilgesellschaft und die Öffnung der Grenzen für Flüchtende aus der Ukraine! Das sind wichtige, richtige Schritte!

Nur wenige hundert Kilometer von der polnisch-ukrainischen Grenze entfernt sieht die Situation komplett anders aus. Hier, an der Grenze zu Belarus, starben bereits Menschen auf der Flucht [...]. Die Menschen hier kommen aus dem Irak, Jemen, Syrien, Afghanistan und vielen afrikanischen Ländern. Sie werden von den sogenannten Grenzschrützer*innen mit illegalen Pushbacks unter brutaler Gewalt zurück gedrängt, nur um dann von der belarussischen Seite erneut über die Grenze gedrängt zu werden. Für die EU wäre es ein leichtes, diese Menschen aufzunehmen, doch sie bekommen nicht einmal die Chance, ihr Recht in Anspruch zu nehmen, einen Asylantrag zu stellen. **Dies sind politische Entscheidungen, an denen auch die deutsche Bundesregierung mitwirkt. Deshalb fordern wir die sofortige Aufnahme von den Menschen im polnisch-belarussischen Grenzgebiet!**

Aktuell wird entlang der Grenze eine 186 km lange Mauer aus 50.000 Tonnen Stahl gebaut. Auch Wärmebild- und Nachtkameras sind im Einsatz. Dadurch bleiben den Menschen nur die noch gefährlicheren Routen durch sumpfige Urwälder.

Wie kann es sein, dass so viele Ressourcen in den „Schutz von Grenzen“ investiert werden und der Schutz von Menschen nicht nur nicht gefördert, sondern sogar auf brutale Weise verhindert wird?

Auch von den anderen EU-Außengrenzen auf der Balkanroute oder dem Mittelmeer gibt es zahlreiche Berichte über Menschenrechtsverletzungen wie illegale Pushbacks, Folter und körperlicher und psychischer Gewalt.

Dass diese Gewalt von deutschen Politiker*innen zumindest in Kauf genommen wird, wurde deutlich, als vorletztes Jahr an der griechisch-türkischen Grenze Menschen mit Tränengas, Blindgranaten und Schlagstöcken zurückgedrängt wurden und mutmaßlich sogar Schüsse fielen. Anstatt ein Ende der Gewalt zu fordern, bezeichnete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Griechenland als „Schild Europas“, wohlgernekt ein militärischer Begriff, der assoziiert, dass es sich bei den Menschen um einen Angriff handelt, den es abzuwehren gilt.

Ein wichtiger Pfeiler der europäischen Abschottungspolitik ist die Grenzschutzagentur Frontex. Diese agiert unabhängig und ist dabei direkt und indirekt an Push- und Pullbacks beteiligt. Frontex wächst mit einem steigenden Arsenal an militärischer Infrastruktur mit Einsatzfahrzeugen, Schiffen und Drohnen immer mehr zu einem unkontrollierbaren Heer im Krieg gegen die Migration. Während das Jahresbudget 2005 noch 6 Millionen Euro betrug, sollen für den Zeitraum 2021 bis 2027 mehr als 5 Milliarden Euro investiert werden und Frontex soll mit einem eigenen "stehenden Heer" von 10.000 bewaffneten Grenzschilder*innen ausgestattet werden. Auch Deutschland beteiligt sich personell, finanziell und materiell an diesen menschenrechtswidrigen Einsätzen.

Wir fordern einen sofortigen Stopp der Beteiligung Deutschlands an Frontex-Einsätzen!

Der Krieg in der Ukraine geht uns allen sehr nah und löst Empathie und Hilfsbereitschaft aus. Das ist gut und wichtig. Warum führen die Grausamkeiten an den europäischen Außengrenzen nicht zu ähnlichen Reaktionen in unserer Zivilgesellschaft?

Sind wir durch die Masse der schlimmen Nachrichten abgestumpft?

Sind wir besorgt um unsere Privilegien? Privilegien, von denen wir wissen, dass sie auf einer ungerechten Verteilung von Macht und Ressourcen basieren?

Wie groß wäre der Aufschrei, wenn sich die Gewalt hauptsächlich gegen weiße Menschen richten würde?

Menschen werden auch in Zukunft Grenzen passieren. Es ist nur die Frage, wie gefährlich und tödlich diese sind. Es sieht derzeit nicht so aus, als ob die kriegerischen Auseinandersetzungen weltweit zurückgehen und sicher wird auch die Klimakatastrophe zu weiteren Migrationsbewegungen führen. Die Abschreckungspolitik Europas birgt eine explosive Kraft, die zu Gewalt, unzähligen Toten und letztlich auch zu einer Verrohung der Gesellschaft führt. Denn was sagt es über uns aus, wenn wir diese Grausamkeiten hinnehmen?

Das ist nicht die Gesellschaft, in der wir leben wollen! Ein friedliches, solidarisches Europa kann es nur geben, wenn auch die Gewalt an den europäischen Außengrenzen aufhört.

Wir fordern ein Ende dieser Gewalt.

Wir fordern die Abschaffung von Frontex

Wir fordern sichere Fluchtwege für alle Menschen

Wir fordern die Schließung aller Lager und eine dezentrale Unterbringung

„Festung Europa“ kann kein Friedensprojekt sein! Lasst uns darum gemeinsam für Gerechtigkeit und den Schutz ALLER Menschen eintreten.